

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Jannis Sakellariou
MdEP zur Entwicklung
im Norden des Irak:
Den bedrängten Kur-
den beistehen.

Seite 1

Dr. Rolf Linkohr MdEP
zu den Forschungsoptionen des Europäischen Parlaments:
Umweltfreundliche Energiestrategien unterstützen.

Seite 2

Dokumentation
Appell an den Kanzler:
Den Kurden sofort und konkret helfen.

Seite 3

46. Jahrgang / 65 / 5. April 1991

Den bedrängten Kurden beistehen Zur Entwicklung im Norden des Irak

Von Jannis Sakellariou MdEP
Außenpolitischer Sprecher der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Die volle Aufrechterhaltung des UNO-Embargos gegenüber dem Irak, eine humanitäre Aktion der EG-Länder für die Kurden, die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes und die Einbeziehung des Kurdenproblems in eine Nahost-Friedensregelung sind notwendig angesichts des barbarischen und zutiefst menschenverachtenden Einsatz von Phosphormomben gegen kurdische Zivilisten. Die Welt, die sich zu Recht über die Aggression gegenüber Kuwait empört hat, darf jetzt aber genausowenig tatenlos und schweigsam zusehen, wenn zigtausende von Unschuldigen hingemetzelt werden. Den USA und der Türkei ist vorzuwerfen, den Kurden Versprechungen gemacht zu haben, als sie deren Unterstützung im Konflikt gegen Bagdad gebraucht hatten, sie jetzt jedoch im Stich zu lassen.

Eine Nahost-Friedenskonferenz muß auch das Kurdenproblem behandeln und einer gerechten und humanen Lösung zuführen. Das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes ist zu achten und muß international anerkannt werden. Wir unterstützen die Forderung der Kurden, einen Vertreter in die UNO entsenden zu dürfen, weil ein Volk von 20 Millionen, das größer ist als viele europäische Völker und Staaten, auf die Dauer nicht ignoriert werden kann. In diesem Zusammenhang ist eine Reform der UNO anzunehmen, die vielen Anforderungen nicht gerecht werden kann, solange sie nur ein reines Staatenbündnis bleibt.

Die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) hat sich einmal mehr in spontanen, nicht abgestimmten Einzelaktionen einzelner Mitglieder, wie Frankreich und der Bundesrepublik, erschöpft. Ausdrücklich hinweisen möchte ich auf den Gegensatz zwischen Frankreich und Großbritannien im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, der erneut zeigt, welche großen Schwierigkeiten die EG auf ihrem Weg zur Politischen Union noch zu überwinden hat.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vervielfältigt und
vertrieben durch
Kopier-Palast



Die Regierungen der EG-Länder sind aufgefordert, in einer gemeinsamen, abgestimmten humanitären Aktion alles zu unternehmen, um den bedrängten Kurden beizustehen. Dazu gehöre unter anderem eine den einzelnen Ländern angepaßte prozentuale Aufnahmequote für Kurden. Die Bundesregierung und die jeweiligen Landesregierungen müssen ihre restriktive Asylpolitik revidieren und Abschiebungen von Kurden sofort einstellen.

(-/5.4.1991/rs/tü)

Umweltfreundliche Energiestrategien unterstützen

Zu den Forschungsoptionen des Europäischen Parlaments

Von Dr. Rolf Linkohr MdEP

Berichterstatter zum Programm Fusion im Europäischen Parlament

Die Zustimmung des Europäischen Parlaments zum mehrjährigen Jahresprogramm auf dem Gebiet der kontrollierten Kernfusion wird davon abhängig sein, ob Rat und Kommission die Forschungsausgaben für die erneuerbaren Energien auf dasselbe finanzielle Niveau anheben wie bei der Fusion. Das ist die wesentliche Schlußfolgerung aus den bisherigen Beratungen im Ausschuß für Energie, Forschung und Technologie im Europäischen Parlament.

Die Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen im Bereich der kontrollierten Kernfusion sind weitgehend auf die Ebene der EG zusammengefaßt. Das nächste Mehrjahresprogramm (1991-1994) soll nach Vorstellungen der EG-Kommission einen Umfang von 458 Mio ECU (fast eine Milliarde DM) erhalten. Es liegt damit in etwa auf derselben Ausgabenhöhe wie in der Vergangenheit.

Die Forschungsausgaben der EG im Bereich der erneuerbaren Energien betragen nur einen Bruchteil der Mittel für die Fusion. Auch wenn man berücksichtigt, daß etwa im Rahmen des EG-Programms THERMIE in den kommenden Jahren 700 Mio. ECU für Demonstrationsprojekte im nichtnuklearen Energiebereich zur Verfügung stehen, so fällt doch im eigentlichen Forschungsbereich ein Ungleichgewicht zwischen Fusion und der Solarenergie auf. Dabei kann die Solarenergie sehr viel früher einen spürbaren Beitrag zur Energiebilanz leisten als die Fusion, von der erst Mitte des nächsten Jahrhunderts ein meßbares Ergebnis erwartet wird.

Nun ist es sicher richtig, daß etwa die Bundesrepublik Deutschland erhebliche - wenngleich nicht ausreichende - Mittel für die nichtnukleare Energieforschung ausgibt. Sie dürfte deshalb weniger Interesse an spezifischen EG-Programmen haben. Doch andere EG-Mitgliedstaaten, etwa im sonnenreicheren Süden, sind auf die Hilfe der EG angewiesen. Auch bietet sich an, die Energieforschung in den Ländern der Dritten Welt in weit stärkerem Maße als bisher geschehen zu unterstützen. Es liegt in unserem Interesse, daß die bevölkerungsreichen und energiehungrigen, aber armen Länder der Dritten Welt eine Energiestrategie verfolgen, die intelligenter und umweltfreundlicher ist als jene, die die alten Industrieländer zum Schaden des Erdklimas eingeschlagen haben. Dabei müssen wir ihnen weniger mit Ratschlägen als mit Geld und Wissen helfen.

Wer etwas zur Verminderung der CO₂-Emission beitragen will, muß den Blick auf globale Vorgänge lenken und dabei jene Energiesysteme fördern, die emissionsarm sind. Die erneuerbaren Energien, im Idealfall Kreislaufsysteme, müssen deshalb auch auf der Ebene der Forschung eine spürbare Aufwertung erfahren.

Ich fordere deshalb dringend eine Anhebung der Forschungsmittel für die erneuerbaren Energien. Es wäre unverantwortlich, jene Technologien zu vernachlässigen, die relativ rasch einen

Beitrag zur CO₂-Minderung beitragen, nur um Mittel für die langfristige Fusionsforschung zu binden. Die Kommission sollte deshalb bei den Beratungen über die Finanzplanung der EG den Rat drängen, die EG-Forschungsmittel spürbar zu erhöhen.

Man könnte diese Forderung höhnisch abweisen, indem man auf den EURATOM-Vertrag verweist, der das Europäische Parlament zu einer reinen Konsultationsmaschine degradiert. Schließlich ist er die Rechtsgrundlage des Fusionsprogrammes. Der Rat und die Kommission können folglich tun und lassen was sie wollen. Handelten beide Institutionen allerdings so, übersähen sie den politischen Schaden. Würde der Rat das Fusionsprogramm ohne Zustimmung des Europäischen Parlaments verabschieden, steuerte er offen in einen Konflikt mit dem Europäischen Parlament in der gesamten Forschungspolitik. Die Frage ist, ob sich der Rat und die Kommission einen solchen Konflikt leisten wollen.

Interessant ist übrigens, daß auch der Bundesrat, in seiner Sitzung am 1. März dieses Jahres für eine deutliche Erhöhung der EG-Forschungsmittel für erneuerbare Energien ausgesprochen hat, als er die Kommissionsvorlage zur Fusion beriet.

Die Fusionsforschung ist noch weit davon entfernt, zur Energieerzeugung beizutragen. So ist das Ziel des derzeitigen Programmschrittes, ein selbstbrennendes Deuterium-Tritium Plasma zu erreichen und es während des Betriebs mit langen Pulsdauern zu kontrollieren. Der darauf folgende nächste Schritt soll dann die grundlegenden Daten für einen Demonstrationsreaktor liefern.

Dabei werden zwei alternative Wege beschritten. Zum einen arbeiten die Europäer unter sich am NET (Next European Torus), einer rein europäischen Strategie, zum anderen kooperieren die USA, UdSSR, Japan und die EG im Rahmen von ITER (International Thermonuclear Experimental Reactor). Die Konstruktionsentwürfe von NET und ITER werden weitgehend angenähert, so daß bei einem möglichen Scheitern von ITER die Arbeiten an NET weitergeführt werden können. Allerdings gibt es derzeit keinen Hinweis auf Schwierigkeiten in der ITER-Kooperation. Von politischer Seite sollte ohnehin zu dieser Zusammenarbeit ermutigt werden.

Abschließend sei vermerkt, daß STOA (Scientific and Technological Options Assessment), eine Einrichtung des Europäischen Parlaments zur Technologiebewertung, eine Studie erarbeiten ließ, die eine wissenschaftlich und ökologische Folgenabschätzung der Fusionstechnologie versucht.

(-/5.4.1991/rs/fü)

DOKUMENTATION

Appell an den Kanzler: Den Kurden sofort und konkret helfen

Die Dortmunder SPD-Bundestagsabgeordnete Ulla Burchardt hat an Bundeskanzler Helmut Kohl appelliert, den Kurden sofort und konkret zu helfen. Ihr Brief im Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

alle Verantwortlichen sind sich einig im Entsetzen über den Völkermord an der kurdischen Minderheit im Irak. Ich begrüße auch Ihre Aufforderung an die irakische Regierung, "ihre ungeheuerliche Vorgehensweise" gegen einen innenpolitischen Gegner unverzüglich

einzustellen. Unterstützung verdient ebenfalls der Vorschlag, den UN-Sicherheitsrat angesichts des schrecklichen Mordens einzuschalten.

Doch die vor Napalm und Massenmord flüchtenden Kinder, Frauen und Männer des kurdischen Volkes brauchen mehr Unterstützung als öffentlich bekundetes Entsetzen und diplomatischen Protest. Gerade nach dem milliardenschweren Engagement der Bundesrepublik im Golfkrieg steht auch unser Land in einer besonderen Verantwortung gegenüber dem Leid der Menschen, deren Flucht vor dem Wüten eines Diktators an geschlossenen Grenzen scheitert. Das kurdische Volk braucht schnelle und praktische Hilfe.

Ich fordere Sie deshalb zu zwei ganz konkreten Hilfeleistungen auf:

1. Verbinden Sie den politischen Druck auf die türkische Regierung, Ihre Grenzen zu öffnen, mit der Zusage, sich entsprechend des finanziellen Engagements im Golfkrieg auch an den Kosten für die humanitäre Hilfe an die Flüchtlinge aus dem Irak zu beteiligen.
2. Nutzen Sie die Transportkapazitäten der Bundeswehr und deren Bestände an Lebensmitteln, Zelten etc. für schnelle und praktische Hilfeleistungen an die Menschen, die in der Türkei Zuflucht finden. Dieser Friedensdienst muß ebenso möglich sein, wie die Entsendung von Luftwaffeneinheiten zur militärischen Unterstützung im Golfkrieg.

Ich bin mir der Begrenztheit dieser Vorschläge bewußt. Doch verlangen die Menschenrechtsverletzungen gegenüber dem kurdischen Volk mehr als lauten diplomatischen Protest. Schnelle und unbürokratische Hilfe einzufordern, sehe ich auch als besondere Verpflichtung derjenigen, die sich, wie ich es tat und immer wieder tun werde, entschieden gegen den Golfkrieg ausgesprochen haben.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, der Krieg am Golf wurde mit der Wiederherstellung des Völkerrechtes begründet. Tragen Sie nun mit umfassenden politischen Mitteln und den vorgeschlagenen praktischen Hilfeleistungen dazu bei, den Völkermord an der irakisch-türkischen Grenze zu stoppen. Mit beispielhafter humanitärer Hilfe kann die Bundesrepublik auch besser den Ruf nach internationaler Verantwortung einlösen, als mit der Beteiligung an militärischen Einsätzen außerhalb des NATO-Gebietes. Setzen Sie sich deshalb auch bei den anderen Regierungen der Europäischen Gemeinschaft und in der UNO für schnelle Hilfeleistungen an die geschundenen Menschen in den Krisenregionen des Nahen Ostens ein.

Mit ungeduldigen Grüßen
gez. Ulla Burchardt

(-/5.4.1991/rs/fü)
